



Information Oktober 2009

Den Schulfrieden verkündet - das Chaos organisiert

Die selektive Standortpolitik der Senatorin Jürgens-Pieper

Wer das Zwei-Säulen-Modell für einen annehmbaren Kompromiss hielt, wird jetzt zunehmend enttäuscht. Die Bildungssenatorin scheint fest entschlossen zu sein, die Sekundarstufe II komplett zu zerlegen und die zwei Säulen bis zur 13. Klasse hoch zu ziehen. Drei kleine neue Oberstufen wurden bereits gegründet, mindestens vier weiteren Schulen der Sekundarstufe I wurde von ihren Beauftragten eine Oberstufe versprochen. Mindestens eine Berufsschule soll verlegt werden, um für ein Gymnasium mehr Platz zu schaffen. Funktionierende Oberstufenzentren sollen gekappt werden. Es wird eine gigantische Verschwendung von Geld und Arbeitskraft für diese unproduktive und fehlgeleitete Umorganisation geplant.

Diese Politik, die den Bremer Schulen mindestens fünf Jahre chaotischer Zustände beschern würde, kann nicht widerspruchslos hingegenommen werden. Vielmehr muss bis zur Deputationssitzung am 3. Dezember, die über den „Schulstandortentwicklungsplan“ befinden soll, die Öffentlichkeit über die Begleitumstände und Folgen der senatorischen Planungen informiert werden. Dies sind insbesondere:

Es wird ein dreigliedriges Schulsystem etabliert.

Bei insgesamt 32 bisherigen Schulzentren der Sek. I und Integrierten Stadtteilschulen wird die Gründung vieler Zwerg-Oberstufen nie ausreichen, um alle Standorte der Sek. I damit auszustatten. So entsteht ein Nebeneinander von Gymnasien, Oberschulen mit GyO und Oberschulen ohne GyO – das alte dreigliedrige System in neuem Gewande. Schulen ohne GyO und mit niedri-

Die rot-grüne Koalition in Bremen ist 2007 mit dem Anspruch angetreten, allen Kindern ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen, mehr in die Primarstufe und die MigrantInnenförderung zu investieren und dadurch im Schulbereich einen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt der Stadt zu leisten. Das Wahlkampf-Versprechen „Eine Schule für alle“ wurde jedoch von der Bildungssenatorin einem Kompromiss mit der CDU geopfert und das „Zwei-Säulen-Modell“ (Gymnasium und Oberschule) wurde aus der Taufe gehoben. Die GEW hatte demgegenüber gefordert, die vorhandene Stufenstruktur des Bremer Schulsystems für eine schrittweise Integration bis zur 10. Klasse zu nutzen und vor allem die Übergänge zwischen den Schulstufen durch Kooperation und Zuordnung zu verbessern.

ger Gymnasialquote werden zunehmend zu „Restschulen“. Der Fall Pestalozzistraße (Schließung aufgrund geringer Anwahl) wird dann kein Einzelfall bleiben.

Die Grundschulen gehen leer aus.

Die im Schulentwicklungsausschuss angekündigten Fördermaßnahmen in der Primarstufe bleiben auf dem Papier stehen. Ein Schlaglicht: Das für Januar geplante Fachgespräch zum Umgang mit Mehrsprachigkeit hat bis heute nicht stattgefunden. Doppelbesetzungen in Primarstufenklassen der sozialen Brennpunkte werden nicht eingerichtet. Stattdessen sollen die Grundschulen jetzt wider besseres Wissen die Auslese für das durchgehende Gymnasium organisieren.

Die Sekundarstufe I erhält neue Aufgaben ohne entsprechende Mittel und Strukturen.

Die Oberschulen sollen beginnend mit dem 5. und sukzessiv die folgenden Jahrgänge integrieren. Hierfür sind sie schon jetzt völlig unzureichend ausgestattet. Die angekündigten Hilfen (Stundenentlastung, Fortbildung) werden lediglich für ein Jahr gewährt. Dann sind die nächsten Baustellen dran. Drei Oberschulen bauen schon jetzt zusätzlich eine Oberstufe auf. Diese von der GEW kritisierte Entwicklung wird mit der Bildung weiterer Oberstufen deutlich verschärft. Damit verschlechtern sich die Bedingungen für die Entwicklung integrativer Systeme erheblich: Notwendige Ressourcen werden für die SII abgezogen, der Focus der Schulentwicklung richtet sich auf die S II. Zugleich bangen Sek I – Standorte ohne GyO um ihre Existenz. Sie entwickeln fortschrittliche pädagogische Konzepte, können dabei aber ihre strukturelle Benachteiligung nicht ausgleichen.

Funktionierende Systeme der Sekundarstufe II werden gekappt.

Die großen gymnasialen Oberstufen, die zurzeit gerade mit der Bewältigung des doppelten Abitursjahrganges aufgrund der Schulzeitverkürzung beschäftigt sind, haben eine Perspektive des mehrjährigen Abbaus vor sich. Folge wird ein belastendes und demotivierendes Versetzungskarussell sein.

Nur wenige Schulen können dann noch die Fächervielfalt der GyO bieten.

Je mehr kleine Oberstufen die Bildungsministerin plant, desto kleiner werden die Systeme. Perspektivisch bedeutet das: Das Abitur nach 13 Jahren wird zunehmend nur noch im Klassenverband organisiert werden können (wie vor 1972). Die Fächervielfalt der GyO bleibt überwiegend den SchülerInnen an durchgehende Gymnasien vorbehalten.

Das Miteinander von allgemeiner und beruflicher Bildung wird als Ziel aufgegeben.

Bremen und Nordrhein-Westfalen haben in

den 70er Jahren durch die Einrichtung von Oberstufenzentren eine weit vorausschauende Entscheidung getroffen. Sie waren damals die einzigen Bundesländer, die die internationale Perspektive einer Sekundarstufe II im Blick hatten, die allgemeine und berufliche Bildung zunehmend integriert. Mit der neuen Schulstruktur will die Bildungsministerin Bremen auf das bundesdeutsche – international gesehen rückschrittliche – Normalmaß zurückschrauben.

Es geht auch anders: Bremerhaven macht den Unsinn nicht mit.

Die Schulentwicklungsplanung in Bremerhaven läuft anders. Dort soll jeweils 3-4 Oberschulen eine kooperierende GyO zugeordnet werden. Dies ist auch der einzig vernünftige Weg. Er spart Zeit und Aufwand und lenkt den Blick auf das Wesentliche: Die schrittweise Entwicklung längerer gemeinsamen Lernens in der Sek. I.

Die GEW lädt ein:

Schulentwicklung:

Was können wir (noch) tun?

**Do, 12. November, 17.30 Uhr
Konsul-Hackfeld-Haus**

Fazit: Resignieren oder opponieren?

Bis weit in die Bildungsbehörde hinein wird das Schulkonstrukt der Bildungsministerin für abenteuerlich gehalten. Bildungspolitisch führt es in die Irre. Finanziell reißt es Löcher in einen ohnehin zu knappen Bildungshaushalt. In den 70er Jahren wurden viele Mio. DM aufgewendet, um das traditionelle Bremer Schulsystem zu einer Stufenstruktur umzubauen. Und jetzt soll es zurückgebaut werden, ohne dass irgendwelche zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen.

Gegen diese Politik ist Opposition sinnvoll und notwendig, selbst wenn sie bis zum 3. Dezember noch nichts bewirken sollte. Viele fatale Wirkungen des Planes (Einschränkungen der Wahlfreiheit zur GyO, Umzüge, Schulschließungen) werden erst nach und nach ins öffentliche Bewusstsein dringen. Im Jahr 2011 wird die Bürgerschaft neu gewählt. Wenn im Vorfeld dieser Wahl – also ab sofort – ein sich verbreiterndes bildungspolitisches Bündnis auf eine Korrektur der Politik dringt (etwa in Anlehnung an Bremerhaven), kann etwas bewirkt werden.

Lust auf GEW?

...aber wohin?



**GEW-Stammtisch
Offen für alle Interessierten**

jeden I. Do im Monat:

Do, 5.11., 20 Uhr
Theaterkneipe Falstaff
Leibnizplatz/Schulstraße